

Roualisch
durch Boten 3,50 RM.,
durch die Post 3,70 RM.
erschienen täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. G. Sommer,
Bad Ems und Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzeln
Die einseitige Seite 40 Pf.
Zwei-seitige Seite 60 Pf.
Reklamensätze 1,50 M.

Kundengruppe:
Diez, Rosenstraße 88.
Herrnstr. Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Hein, Bad Ems

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 79

Diez, Freitag, den 9. April 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Harte Urteile über den französischen Vormarsch

Der Rom, 8. April. Der Corriere de la Sera schreibt in einem langen Artikel den französischen Vortritt und die Besetzung Frankfurts und Darmstadts durch die Franzosen. Italien, England und Amerika haben ihre Zustimmung dazu nicht. Sie bringen der Besetzung keine Sympathie entgegen, da der Haß zwischen Sieger und Besiegten dadurch nur gestärkt würde und Frankreich keinen Gewinn habe, daß es damit die allgemeinen Interessen Europas unberücksichtigt gelassen habe. Dem wirtschaftlichen Standpunkt aus sei es absurd, sich Europa ohne ein starkes Deutschland und Rußland zu stellen. Die italienische Regierung, deren Auffassung von der französischen stark abweicht, überließ Frankreich die Verantwortung für seine Handlungsweise. Dieselbe sei ein Zeichen dafür, daß die Solidarität der Alliierten sich auflöse. — Der Messagero befürchtet von dem Vorgehen Frankreichs eine Störung der europäischen Lage. Das Blatt weist gleichfalls darauf hin, daß die Solidarität der Entente dadurch erschüttert würde. Wäre die interalliierte Konferenz nicht von Haß, Rache und Furcht geleitet gewesen, so würde Europa schneller gefunden. Ritti hatte als erster die Notwendigkeit einer neuen Auffassungsweise betont. Der Parole eines allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbaues müßten auf der Konferenz in San Remo Taten folgen.

Erzberger

Der Berlin, 8. April. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, hat Erzberger, der sich s. Bt. in Jordansbad bei Wiesbaden befindet, seine Erinnerungen aus dem Jahre 1914—1920 niedergeschrieben, die demnächst veröffentlicht werden. Erzberger wird von der Zentrumspartei des westfälischen Oberlandes als Reichstagskandidat aufgestellt werden.

Rumäniens Ratifikation

Der Paris, 8. April. Nach einer Timesmeldung aus Bukarest hat der Ministerrat durch Dekret den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert unter dem Vorbehalt der späteren Genehmigung durch das Parlament. — Zum Vorsitzenden der rumänischen Friedensdelegation in Paris ist der ehemalige Finanzminister ernannt worden.

Die Besetzung der Frankfurter Zone.

Protest der politischen Parteien.

Die Abgeordneten der drei Mehrheitsparteien überreichten dem General Deputierten folgenden Protest:
Die Bevölkerung Frankfurts, vertreten durch die Parteien, die die Regierung der deutschen Republik bilden, erheben in Uebereinstimmung mit dem Magistrats Einspruch gegen die unberechtigte Besetzung der Stadt durch französische Truppen. Die zur Rechtfertigung angeführten Gründe widersprechen durchaus den tatsächlichen Verhältnissen. Die Regierung der deutschen Republik folgte bei der Besetzung des Ruhrgebietes keinem Druck einer militärischen Partei, nachdem sie eben erst mit Hilfe der großen Mehrheit des Volkes den militärischen Mächten des alten Regimes einen vernichtenden Schlag beigebracht. Sie war vielmehr gezwungen, Reichswehr ins Ruhrgebiet einzuführen, um Leben und Arbeit der Bevölkerung gegen räuberische Vandalen zu schützen und die Kohlenbergwerke gegen die drohende Zerstörung sicherzustellen. Sie folgte dabei dem immer dringender werdenden Ruf der Bevölkerung aller Kreise, insbesondere der Arbeiterklasse aller politischen Richtungen, der Zentrumspartei, der demokratischen Partei, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen Partei und der kommunistischen Partei. Die werktätige Bevölkerung der deutschen Republik wird auch fernerhin die Sache der Demokratie gegen jeden Angriff aus eigenen Kräften verteidigen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Polizeitruppen aus dem neutralen Gebiet zurückgezogen werden, sobald die Entwaffnung der räuberischen Vandalen durchgeführt ist und damit die Wahrung der Ordnung den gewöhnlichen Sicherheitsorganen überlassen werden kann.

Die Proklamation des französischen Oberkommandos versichert, daß die französischen Truppen nur zur vorübergehenden Besetzung nach Frankfurt kommen und daß sie sich keinen Eingriffes in die Rechte der Zivilbevölkerung enthalten. Daher erhebt die Bevölkerung entschiedenen Protest gegen die Verhängung des Besatzungsstatus, die Aushebung der Pressefreiheit und die Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte.

Frankfurt, 7. April 1920.

Folgende Unterschriften.

Die Haltung der Vereinigten Staaten

Die amerikanische Aconce-Zeitung Amaroc schreibt: Man erfährt, daß das amerikanische Mitglied der Rheinland-Kommission, Pierrepoint B. Robes, vor einigen Tagen formell sich absonderte von einer Aktion, die die Rheinland-Kommission machen könnte und die

die Mitwirkung der Interalliierten Rheinland-Kommission direkt oder indirekt für einen möglichen französischen Vorstoß in das unbefetzte Deutschland einschloß. Er berichtigte Washington von dieser Aktion.

Das Pariser Journal gibt die Washingtoner Meldung des Exchange Telegraph wieder, wodurch in Washington erklärt wird, es bestehe die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten an Frankreich eine Note richten, in der sie um Mitteilung bitten, wie weit dieses in Deutschland einzudringen die Absicht habe und inwieweit die Gerüchte begründet sind, die Frankreich die Absicht zuschreiben, Jönson zu besetzen, die jetzt von den englischen und amerikanischen Truppen besetzt sind, Köln und Coblenz einbezogen.

Untererseits sagt der Korrespondent des Daily Chronicle in New York, daß die Drohung Frankreichs, Frankfurt und andere Rheinstädte zu besetzen, in Washington sehr ungünstig beurteilt wird: „Es ist ganz offensichtlich, daß die Militärpartei in Frankreich völlig die Oberhand hat. Präsident Wilson betrachtet die Entsendung der deutschen Truppen in das Ruhrgebiet nicht als Verletzung des Friedensvertrages. Seiner Ansicht nach ist Deutschland durch die Notwendigkeit, die Ordnung aufrechtzuerhalten zu müssen, völlig berechtigt, diese Maßnahmen zu ergreifen.“ — Man versichert, daß die Vereinigten Staaten bereits Deutschland ihren Standpunkt in dieser Angelegenheit mitgeteilt hätten.

In Kopenhagen verläutet, daß

Wilson an den Obersten Rat eine Note gerichtet habe, in der er auf die Gefahren aufmerksam macht, die Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen für den Block der Alliierten und für die Lage in Europa bedeute.

Davos meldet aus Washington: Der französische Botschafter Jufferand übergab am Montag eine französische Note, in der die Regierung der Vereinigten Staaten um eine Meinungsäußerung zur Besetzung von Städten des rechten Rheinufer ersucht wird. In unterrichteten Kreisen heißt es, die Regierung habe darauf bis jetzt noch keine Antwort gegeben. Es sei auch wenig wahrscheinlich, daß eine solche überhaupt erfolgen werde. „Die Haltung Amerikas sei nur die eines Beobachters, den die Ereignisse interessieren, die Vereinigten Staaten sähen in dem Vorgehen der deutschen Truppen im Ruhrgebiet keine Komplikationen unter der Bedingung, daß die Truppen wieder zurückgezogen würden, sobald die normale Lage wiederhergestellt sei.“

Neutrale Urteile

Aus Holland liegen folgende Pressestimmen vor: Allgemeines Handelsblatt schreibt zu dem Vorgehen der Franzosen: Für Menschen mit gesundem Verstand muß das Vorgehen Frankreichs ein Dunkel sein. — Das Organ der niederländischen sozialistischen Arbeiterpartei Het Volk nennt das Vorgehen der Franzosen eine neue Gewalttat, ja fast eine Kriegshandlung. Es ist der Ansicht, daß der Einspruch der deutschen Regierung in Amerika, England und Italien Eindruck machen wird.

Das norwegische Regierungsorgan Intelligensbladet schreibt in einem Leitartikel: Frankreich ist mit der Besetzung der neutralen Zone aus der geschlossenen Ententezone ausgebrochen. Dies mache die Lage gefährlich. — Verdens Gang meint, die übrigen Alliierten seien von dem Vorgehen Frankreichs nicht begeistert. Kein Führer der Staatsmann der anderen Ententemächte habe sich zu der Sache geäußert. Offensichtlich sei man in der übrigen Entente wegen des Vorgehens Frankreichs mehr nervös als über die Politik Deutschlands. Unter Hinweis auf den Manchester Guardian schreibt das Blatt, daß in Frankreich ein französischer Nationalismus, geradezu eine Manomanie herrsche. Deutschland habe genügend Entschuldigung in seiner inneren Lage.

Aus England

Es liegt u. a. folgende bemerkenswerte Äußerung vor: Der Manchester Guardian bringt in seiner Nummer vom 5. d. M. eine Betrachtung seines Berliner Korrespondenten, die sich mit der angeblichen militärischen Bewegung in Deutschland und den ihr zugrunde liegenden Motiven und Zielen, so wie er sie sieht, befaßt. Wir geben daraus folgende besonders bemerkenswerte Stelle wieder: Worin insbesondere die französische Auffassung Deutschlands keine Berechtigung hat widerzuerkennen, ist die Nichtanerkennung der Unschuld der breiten Massen, einschließlich des Mittelstandes in dieser Beziehung, die Verkenntung des glänzenden Elans und der geradezu leidenschaftlichen Aufregung der kürzlichen nationalen Erhebung gegen den Militarismus. Diese Bewegung steht einzig in der Geschichte da. Weit davon entfernt, das französische Mißtrauen zu verdienen, hat sich das deutsche Volk als erstes in Europa en masse gegen den Militarismus erhoben. Die Bewegung war so mächtig und so elementar, daß sie das Land bis in seine Grundfesten erschüttert hat.

Eine Erklärung des französischen Geschäftsträgers.

Der französische Geschäftsträger in Berlin sprach beim Minister des Auswärtigen und Reichskanzler Hermann

Müller vor, um namens der französischen Regierung die Erklärung abzugeben, daß die französische Regierung nicht beabsichtige, Deutschland an der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet zu hindern. Der französische Vorgesand habe lediglich den Zweck, Frankreich Sicherungen dafür zu schaffen, daß sich die Truppensammlung im Ruhrgebiet nicht zu einer Bedrohung Frankreichs auswachsen könnten. Die französische Regierung müsse den Vorwurf zurückweisen, daß ihrem Vorgehen die Absicht einer Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten zugrunde gelegen habe.

Neue Schritte Deutschlands?

Wie wir erfahren, wird von der Reichsregierung die Frage in Erwägung gezogen, ob es angesichts der Haltung der französischen Regierung angängig sei weitere Schritte zu unternehmen, um die französische Regierung zu veranlassen, den angeordneten Einmarsch in neutrales Gebiet zurückzuziehen. Man hat dabei die Möglichkeit in Betracht gezogen, die Angelegenheit vor einem internationalen Gerichtshof zu bringen.

Eine Kundgebung der Nationalversammlung.

In der Nationalversammlung, die am Montag zusammengetreten wird, beabsichtigen die Parteien, gemeinsam eine Kundgebung zu erlassen, in welcher auf scharfste gegen den französischen Einmarsch in Frankfurt, Hanau und Darmstadt protestiert wird. In der Sitzung wird schließlich der Reichskanzler Hermann Müller noch eine Erklärung über die Vorgänge abgeben, wonach die Vertreter der Parteien sich zu der Frage äußern werden.

— Paßzwang für das unbefetzte Gebiet.

Zu der Bekanntmachung, wonach alle über 14 Jahre alten Personen, die ihren dauernden Wohnsitz in dem neu besetzten Gebiet haben, mit einem Identitätsausweis mit einer Photographie versehen sein müssen, wird ergänzend bemerkt, daß an Stelle des Identitätsausweises auch der deutsche Reisepaß (weiß) genügt.

In Darmstadt

Land eine Beipredung zwischen dem Staatspräsidenten Weich und dem französischen Oberst Wimpfen statt. Der Staatspräsident wiederholte seinen Protest gegen die Besetzung, die er als unzulässig und ungerecht betrachtete, da dieselbe mit dem Friedensvertrag und dem Rheinlandabkommen nicht vereinbar sei. Der Oberst sagte dazu, daß die französische Regierung in ihrer Amtstätigkeit nicht behindert würde und daß die Besetzung von Darmstadt so bald als möglich eine wesentliche Verminderung erfahre und nach Möglichkeit eine dem Zustande in den bisherigen besetzten Gebieten entsprechende Lage geschaffen werden soll.

Ueber den Frankfurter Zwischenfall

erhalten wir folgende Darstellung: Am die französische Wache, die sich in der Hauptwache Frankfurt befindet, sammelten sich Mittwoch nachmittag zahlreiche Zuschauer an. Als die Wache abgelöst wurde, reichte der freigelegene Raum für die anmarschierenden französischen Truppen nicht aus. Ein Knabe warf nach einem französischen Soldaten mit einem Stein, worauf der französische Führer zum Schießen gab; sechs Zivilisten wurden getötet und 35 verwundet. Die französischen Soldaten wurden darauf teilweise von der Menge umgegriffen und mißhandelt. Am Donnerstagvormittag ist am Hauptbahnhof eine Frau durch einen Schuss verletzt worden, bald darauf ein junges Mädchen erschossen worden. Weib beide die Absperrelinie überschritten hatten, die die Franzosen vor ihren Tanks errichtet hatten. In der Nacht zum Donnerstag sind neue französische Truppen etwa eine Division, eingetroffen. Der Eisenbahnverkehr nach dem besetzten Gebiet geht geordnet vor sich, nach dem unbefetzten Gebiet ist er nicht gestattet.

Die Unruhen am Mittwoch nachmittag wurden am Abend von der blauen Polizei gewaltsam unterdrückt und haben sich bis jetzt nicht wiederholt. Maueranschläge des Regierungspräsidenten, des Polizeipräsidenten und des Oberbürgermeisters mahnen die Bevölkerung zu größter Ruhe. In der Bekanntmachung heißt es, daß sich unbesonnene Elemente dazu hinreizen ließen, mit Beleidigungen und Tätlichkeiten gegen die französischen Besatzungstruppen vorzugehen, wodurch es zu den bedauerlichen Ereignissen am Mittwoch gekommen sei. Das Gerücht von dem Abzug der Franzosen wird von dem Befehlshaber der hiesigen Besatzungstruppen als durchaus falsch erklärt; die Besatzung bleibe in Frankfurt. — Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben beim Oberkommandierenden General der Besatzungstruppen am Main Berührung gegen die Besetzung Frankfurts eingelegt.

Die Lage im Industriegebiet

Lehrt allmählich zu normalen Verhältnissen zurück. Auf den Zeichen des Ruhrbezirks wird heute überall wieder in vollem Umfange gearbeitet. Auch der Eisenbahnverkehr ist wieder überall aufgenommen. Die Eisenbahndirektion Essen und die Handelskammern von Essen, Bochum und Dortmund teilen mit, daß die Wiederaufnahme des Güterverkehrs mit allen Kräften betrieben werde. Es ist zu hoffen, daß der Verkehr in zwei Tagen wieder vol in Gang kommt. Der Eisenbahnverkehr in Essen ist seit Mittwoch mittag beendet. Die Arbeit ist im vollen Umfang wieder aufgenommen worden.

In Bochum ist der Streik der Eisenbahner völlig beendet, der Verkehr nach allen Richtungen wieder aufgenommen. Die Forderungen der Eisenbahner sind restlos er-

füllt. Am Mittwoch ist ein Regiment Reichswehrtruppen in Eifel und Bochum eingetroffen, um die Ablieferung der Waffen zu überwachen. Bisher sind etwa 2000 Gewehre abgeliefert worden. Ein Teil der Gewehre ist in einem Krafswagen entführt worden, auch sind vereinzelt Gewehre unter der Hand veräußert worden.

Auch in Hamm ist die Ordnung wieder völlig hergestellt. Die Telephonperre ist aufgehoben. Die Lebensmittelversorgung, die Schwierigkeiten machte, gestaltete sich dadurch, daß der Ankauf holländischer Lebensmittel gestattet wurde, günstiger.

Rückstimmung gegen die Regierung.

Aus Essen wird gemeldet: Aus dem ganzen Industriebezirk mit den angrenzenden ländlichen Gegenden kommen immer neue Nachrichten über Plünderungen und Ausschreitungen der Roten Armee auf ihrem Rückzuge. In der Bevölkerung des Industriebezirkes wird das Verhalten der Regierung und des Reichskommissars Severing, die so lange untätig zugehen, wie die Rote Armee vandallisch im Industriebezirk hauste und riesige Werte vernichtete, scharf kritisiert. — Durch die im Industriegebiet gebildeten Standgerichte wurden bisher 10 Rotgardisten, die sich an den Kämpfen gegen die Regierungstruppen nach Ablauf der in Münster beschlossenen Amnestie beteiligt hatten, zum Tode verurteilt. Es wurden jedoch nur zwei Urteile vollstreckt, da ein Telegramm der Regierung eintraf, die Urteile nicht auszuführen.

Der Essener Zentralrat

Wie wir hören, haben die Regierungstruppen über Bettwieser Potzwillen bis nach Hölz vorgeschickt, um auch dort Waffen zu beschlagnahmen. Ein größerer Teil der flüchtenden Roten Soldaten hat sich bekanntlich im Supertal festgesetzt, wodurch sich dort eine schwierige Lage entwickelt hat, besonders weil auch der aus Essen geflohenen Zentralrat in Barmen weiter befehlen will, obgleich sein Fortbestand gegen das Viesfelder Abkommen verstoßt. Die Mehrheitssozialisten haben bereits schon eine Erklärung abgegeben, wonach sie mit dem Zentralrat nichts mehr zu tun haben. Falls der Zentralrat sich nicht umgehend auflöst, können Maßnahmen der Regierung nicht ausbleiben.

Die Verluste der Regierungstruppen

Die Gesamtverluste der Reichswehrtruppen bezifferten sich nach einer Meldung der Düsseldorf freien Presse vom 7. April auf 170 Tote, 350 Verwundete und 120 Vermisste. Da die Verminuten nach den bisherigen Erfahrungen zu den Toten gezählt werden können, müssen die Verluste der Reichswehr als sehr schwer bezichnet werden.

Erschließung des Geismörders Marcuse

Die Seele der aufrührerischen Bewegung in Reddinghausen, der Münchener Geismörder Marcuse, wurde erschossen. In Reddinghausen kam es, als die Reichswehrsoldaten im Anmarsch waren, zu erbitterten Kämpfen zwischen den Bürgern und Rotgardisten.

Die Entente-Kommission im Ruhrgebiet.

Die Entente hat der in Berlin weilenden Kommission Anweisung gegeben, sich persönlich von der Lage im Industriegebiet zu überzeugen und vor allem festzustellen, ob ein sofortiges Eingreifen der Reichswehr notwendig war und ob ihr Verweilen in der neutralen Zone noch erforderlich ist. Offiziere der Entente sind nun bereits in Duisburg eingetroffen und haben sich überzeugen können, daß es unbedingt notwendig ist, die Reichswehr so lange im Industriegebiet zu belassen, bis die Durchsuchung nach Waffen gründlich durchgeführt ist und die Sicherheit herrscht, daß neue Unruhen nicht eintreten können.

Die Aburteilung der Auführer.

Die Verhandlungen des noch weiter tagenden Standgerichts in Duisburg ergaben, daß sich tatsächlich Ausländer in großer Anzahl in der Roten Armee befunden haben, was bisher stets abgestritten wurde. Zwei in Warschau geborene Polen erklärten bei ihrer Vernehmung, daß in Duisburg-Nord eine besondere Kompanie gebildet worden sei, die nur aus Russen bestand. Der Führer, der sehr schlecht Deutsch sprach, sei nach seinem guten Kommando zu urteilen, ein russischer Offizier gewesen. Er habe als ehemaliger Kriegsgefangener die Gegend dort kennen gelernt. Ein großer Teil der Roten Armee bestand auch aus Obdachlosen. Die weiteren Vernehmungen ergaben, daß selbst ein großer Teil der Kommunisten schon lange vor den Zusammenstößen mit den Reichswehrtruppen sich aus der sogenannten Roten Armee entfernt hatte, da sie die zum Raubzug ausgeartete Aktion nicht mehr mitmachen konnte. Ein Angeklagter, der eingestand, einen Offizier hinterzogen zu haben, und der ferner den Befehl erhalten hatte, den Oberbürgermeister Dr. Jarres und einen Polizeikommissar zu erschließen, wurde zum Tode verurteilt, die übrigen wurden nach Befehl zur weiteren Aburteilung verbracht.

Neue Forderungen der Sozialisten.

Die am Generalstreik beteiligten Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteien der sozialdemokratischen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei sind am 6. April neuerlich in eine Prüfung der politischen Lage eingetreten. Sie sind auf Grund der Berichte ihrer ins Ruhrgebiet entsandten Vertrauensmänner zu dem Ergebnis gekommen, von der Regierung mit „größtem Nachdruck“ die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

1. Rückzug der Reichswehrtruppen aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ruhe obliegt den nach dem Viesfelder Abkommen zu bildenden Ortswehren.

2. Kein Einmarsch der Reichswehrtruppen südlich der Ruhr.

3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehrtruppen erfolgt.

4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altbürg usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen. Die abgesetzten und unzuverlässigen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Verhaftung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die weitere Verwendung unzuver-

lässiger Offiziere fordern. Die Verlegung von Munition an konterrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.

5. Auf die preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Organisation der Sicherheitswehr durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt.

Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahmen eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeiterchaft entgegenwirken zu können.

Die Organisationen unterbreiten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungserklärung vor. Die Forderungen sind unterzeichnet vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, dem Deutschen Beamtenbunde, der Preussischen Gewerkschaftskommission, der Sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Vertreter der Gewerkschaften haben, dem „Vorwärts“ zufolge, der Regierung in der Reichskanzlei die Forderungen unterbreitet. Reichsminister Seiler erklärte ihnen, er werde unerschrocken die Zurückziehung aller Truppenteile verfügen, die irgend welche Ausschreitungen begangen hätten. Die Ruhelinie würde nicht überschritten, die Zeitweiligen würden aufgelöst und die Einwohnerwehren würden neuorganisiert werden. Die Erklärung des Reichswehrministers wurde als ein Zeichen des guten Willens aufgefaßt, der den Wünschen der Arbeiterchaft entgegenkomme.

Die Stellung der Regierung.

Ueber die Besprechungen, die zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien und dem Reichskabinett andererseits auf Grund der bekannten Forderungen stattgefunden haben, wird vom Gewerkschaftsbund folgendes mitgeteilt. Die Regierung erklärte, daß die Truppen, wenn irgend möglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrgebiet zurückgezogen werden. Der Reichswehrminister hat angeordnet, daß der Vormarsch südlich der Ruhr nicht erfolgen darf. Die gleiche Anordnung hat Severing getroffen. Seitens der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Zeitfreiwilligenformationen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen, desgleichen die Einwohnerwehren. Die Ortswehren sollen nach den von den Arbeiterorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden. Bezüglich der Vorgänge in Wilhelmshaven und Altbürg erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Haftentlassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schutzhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden könne, weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigten. Munitionslieferungen an konterrevolutionäre Truppen finden nicht statt. Falls solche Lieferungen stattfinden, wird die strengste Bestrafung erfolgen. Die Auffassung der Arbeitervertreter über die Reorganisation der Sicherheitswehr wird von der Reichsregierung geteilt. Es haben in diesem Sinne bereits Verhandlungen mit dem preussischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Der Gewerkschaftsbund hat anerkennend gegen das Ergebnis der gestrigen Besprechungen nichts einzuwenden.

Der Völkerverbund.

Die neue deutsch-dänische Grenze. Nach einem Telegramm der Zeitung Politiken aus Kopenhagen verlautet dort mit großer Bestimmtheit, daß der Bericht der Internationalen Kommission über die neue Grenze zwischen Dänemark und Deutschland fertiggestellt ist und jetzt dem Obersten Rat in Paris vorgelegt werden wird. Die Kommission habe sich nicht durch die politischen Ereignisse in Dänemark beeinflussen lassen. Sie werde die Grenze nach den klaren Worten des Versailler Vertrages festlegen, ausschließlich auf der Grundlage der Volksabstimmung bei entsprechender Berücksichtigung der wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse der neuen Grenzlinie.

Einberufung des Völkerverbundes. Der Rat des Völkerverbundes ist zum 19. April nach Paris einberufen, um die Vorschläge des Obersten Rates bezüglich Armeniens und des Schutzes der innerhalb der Grenzen des türkischen Reiches befindlichen Minderheiten zu erwägen. Der Rat wird das vorgelegene Wahlgesetz für die Ernennung der Vertreter der Stadt Danzig, die in Uebereinstimmung mit dem Oberkommissar die Verfassung der Freistadt Danzig entwerfen werden, prüfen. Vielleicht würde auch die Frage der Heimbesiedlung der Kriegsgefangenen behandelt werden.

Eine neue Friedenskonferenz? Die amerikanische Regierung hat, wie wir von maßgebender Seite erfahren, mit den hervorragenden Führern des Senats eine Konferenz abgehalten, in der die künftige Stellung Amerikas und die Einleitung einer Sonderfriedensaktion erwogen wurde. Hierbei wurde der Beschluß gefaßt, daß Amerika unmittelbar nach Wiederherstellung des Friedenszustandes den alliierten Regierungen einen offiziellen Antrag zugehen lassen wird, in welchem die Revision des Versailler Friedensvertrages gefordert wird. Amerika will vorschlagen, in eine neue Friedenskonferenz einzutreten. In England findet das amerikanische Friedensprojekt vielfältige Zustimmung.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Rücktransport aus Sibirien. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die ersten Gefangenen aus Sibirien auf dem Heimwege sind. 1014 deutsche Kriegsgefangene haben auf dem Dampfer Scotland Maru am 31. März 1920 Wladivostok verlassen. Die Kriegsgefangenen stammen aus den Pzern Petrowa, Njutschka, Nikolsk, Krasnojarsk und Krasnojarsk. Das Schiff fährt über Schanghai, Sabang, Port Said nach Hamburg.

Aus dem besetzten Gebiet.

Wiedereinführung der Postzensur. Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat unter dem 26. März eine Verordnung erlassen, in welcher sie sich unter Bezugnahme auf die sich gegenwärtig an der Grenze des besetzten Gebietes abspielenden revolutionären Vorgänge für die Dauer eines Monats das Recht beilegt, die Zensur für Post, Telegraph und Telephon vorübergehend wieder ein-

zuführen. Gleichzeitig hat sie in Ausführung dieser Verordnung beschlossen, die Zensur für Post, Telegraph und Telephon für das besetzte Gebiet der 4. Besatzungszone mit sofortiger Wirkung einzuführen.

Deutschland.

Der Arbeitsplan der Nationalversammlung. Wie es heißt, besteht zwischen Regierung und Mehrheitspartei Einverständnis, die Arbeiten der Nationalversammlung unbedingt bis zum 25. April abzuschließen, um sofort nach diesem Termin mit der Wahlpropaganda zu beginnen. Eine weitere Tagung verbietet sich, weil dann nicht mehr mit beschlußfähigen Häusern gerechnet werden kann. Zur Erledigung in der Apriltagung kommen nur noch Beamtenbefolgungsreform, Eisenbahn-Betriebsrichtungsreform, Wahlgesetz, Entwurf über Volkswirtschaft und Volksbegehren, Reichsheimstättenreform und einige kleinere Vorlagen. Die noch nicht erledigten Stenogrammverträge bleiben zunächst unerledigt und werden dann dem neuen Reichstag vorgelegt. Das Reichsjustizministerium legt Wert auf die Verabschiedung seiner Textvorlage, die es der Nationalversammlung noch bis zum 14. April vorlegen will, um seine erheblichen Defizite zu decken. Es ist aber zweifelhaft, ob die Nationalversammlung diesem Wunsch nachkommen wird. Die Annahme des Telephon-Rationalisationsgesetzes begegnet großen Schwierigkeiten. Hinsichtlich der Wahlgesetze werden die Mehrheitsparteien kurz vor dem Zusammentritt, Mitte April, Besprechungen über die prospektive Regelung abhalten und die endgültige Regelung dem neuen Reichstag überlassen.

Die Auslieferung der deutschen Schiffe. Wie die Ostsee-Zeitung von einem Mitgliede der deutschen Regierungskommission, die in Paris über die Schiffsablieferung verhandelt, erzählt, hat die Wiedergutmachungskommission die deutschen Vorschläge abgelehnt und befiehlt auf Ablieferung sämtlicher Schiffe über 1600 Tonnen und der Hälfte der Schiffe von 1000 bis 1600 Tonnen im Hiesig oder Jorh. — Der Zentralrat des deutschen Großhandels hat an den Reichskommissar und Reichsminister des Auswärtigen folgendes Telegramm gerichtet: „Wir ersuchen dringend, bei den bevorstehenden Pariser Verhandlungen über die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte unter allen Umständen und mit größtem Nachdruck den Standpunkt zu vertreten, daß die Auslieferung weiterer Schiffe unmöglich ist. Der gegenwärtige Bestand genügt schon nicht für die Abwicklung der allerdringlichsten lebenswichtigen Ein- und Ausfuhr. Eine weitere Verringerung würde nicht nur die Interessen des Ein- und Ausfuhrhandels, sondern auch die allgemeinen deutschen Interessen tödlich treffen.“

Die Markwährung hat sich in der ersten Aprilwoche trotz der Unruhen im Ruhrgebiet merklich erhöht. Am 31. März kosteten an der Berliner Börse 100 holl. Gulden rund 2650 Mk., am 6. April sank der Preis auf 2500 Mk. und am 7. April auf 2300 Mk. Der belgische Frank fiel von 510 Mk. auf 490 Mk. und 435 Mk. Die Vergleichszahlen lauten für 100 französische Franken: 473 Mk. — 455 Mk. — 405 Mk., für das Pfund Sterling: 330 Mk. — 270 Mk. — 257 Mk., für den Dollar: 72 Mk. — 67 Mk. — 63 Mk., für 100 schwedische Franken 1260 Mk. — 1200 Mk. — 1130 Mk., für 100 schwedische Kronen 1540 Mk. — 1430 Mk. — 1410 Mk. Im freien Handelsverkehr erzielte der französische Frank am Ostermontag in Kehl 4,20 Mk., gegen 4,80 am Sonntag. In Elbsh-Lothringen und in der Rheinpfalz hat die französische Behörde den Markkurs von 14 Centimes, wie er seit Januar stand, jetzt auf 20 Centimes heraufgesetzt. — Die Holländische Kredit- und Effektenbank teilt mit, daß am 31. März eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Titel Holländisch-Deutsche Hypotheken- und Grundbesitz G. m. b. H. mit einem Stammkapital von 20 Mill. Mark gegründet wurde. Zweck der Gesellschaft ist die Vereinigung des Markbesitzes in Holland zur Hebung der deutschen Valuta und vorteilhafte Anlage des gesamten Markbesitzes durch Kauf, Verkauf oder Vermietung bzw. sonstige Ausnutzung des Grundbesitzes, Übernahme von ersten Hypotheken und was sonst damit zusammenhängt. Anteilnahme an Unternehmungen mit dem gleichen Ziel.

Ablieferung weiterer deutscher Kriegsschiffe. Obmanns Büro meldet: In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages ist mit der Ablieferung des Restes der deutschen Kriegsschiffe begonnen worden. Der erste Schleppzug, bestehend aus dem Dampfschiff Nassau, als Schlepper, und dem Dampfschiff Eschland, als geschlepptem Schiff, ist Mittwoch in Hiesig oder Jorh eingetroffen. Die Ueberführungsmanövern treten mit dem Dampfer Rügen umgehend die Heimreise an.

Die preussische Beamtenbefolgungsvorlage wird der Landesversammlung erst Ende April zugehen, nachdem die Reichsvorlage von der Nationalversammlung verabschiedet ist. Sollte die Nationalversammlung Abänderungen an der Vorlage vornehmen, so wird auch die preussische Vorlage dementsprechend geändert werden.

Vermehrte Truppenhaltung in der neutralen Zone

Wie das Berliner Tageblatt von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Reichsregierung mit dem Verband in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des August-Abkommens über die Truppenhaltung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, noch mehrere Monate eine starke Polizeikraft dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu belassen, begründet. Das ursprüngliche Abkommen hatte bekanntlich bis zum 10. April 1920 eine Militärmacht in der Stärke von 20 Bataillonen, zwei Batterien und 10 Eskadronen für die neutrale Zone zugebilligt.

Republik Österreich

Attentat auf Kanzler Renner? Auf dem Weis zwischen Niklasdorf und Leoben, das der Sonderzug mit dem nach Rom reisenden Kanzler Renner passierte, wurden in der Nacht zum Dienstag Eisenbahnwaggons aufgestellt. Zwei Personenzüge fuhren in einen Teil der Schwellen hinein. Es wurde niemand verletzt. Der Sonderzug konnte auf freiem Felde angehalten werden. Man vermutet, daß es sich um ein Attentat gegen den Kanzler handelt. Die eingeleitete Untersuchung ist ergebnislos verlaufen.

Die französische Friedensanleihe.

Der Pariser Korrespondent des Wiesb. Tagebl. schreibt: seinem Blatte: Die schweren Sorgen der Vorwörter haben den deutschen Blick wahrnehmlich noch weniger als sonst veranlaßt, sich um das Ausland zu bekümmern. Man wird das nachholen müssen und einen Augenblick bei einem neuen Siege Frankreichs aus den jüngsten Tagen verweisen dürfen. Es liegt in dem Ergebnis der großen französischen Friedensanleihe. Sie hat den hohen Ertrag von 15 Milliarden Franken gehabt. Da das deutsche Sechzig-Millionen-Volk trotz aller kostspieligen Propagandakünste Matthias Erzbergers für seine Friedens(Sparprämien)-Anleihe nur vier Milliarden Mark aufbrachte, erscheint die Leistung Frankreichs noch besser, weil sie von einer nur 40 Millionen Köpfe umfassenden Bevölkerung erzielt wurde. Daß nichtfranzösische Zeichner allerdings einen recht guten Anteil an der Anleihe haben, erscheint sicher. Was den Anteil der neutralen Staaten und Amerikas an der französischen Anleihe betrifft, so hat natürlich der schon recht empfindliche Tiefstand des französischen Franken gegenüber der neutralen Valuta und der Dollarnote für das französische Ausland einen starken Zeichnungsreiz, der seine Wirkung nicht verfehlt haben wird. Natürlich ist auch die Beteiligung der französischen Bevölkerung selber recht groß. Der Franzose ist nun einmal gewöhnt, sein Geld in Staatspapieren anzulegen, und da der Bar nicht mehr das Kapital des französischen Rentners schluckt, hat das eigene Land doppelt profitiert. Die Regierung hat auf dem Lande eine sehr gute Propaganda gemacht für die Anleihe. Und nachdem der Ausfall der Wahlen die sozialistische und bolschewistische Gefahr für Frankreich recht in die Ferne gerückt hat, hat der französische Bauer wieder Vertrauen zum Staat, ganz genau so wie der französische Rentner. Sie alle wissen, um wie viel Frankreich seine Aktivita vermehrt hat durch das lothringische Erz und das elsassische Kali. Dazu kommt, daß der französische Bauer eben wirklich Geld genug hat. Er hat, so weit seine Felder nicht gerade im Kriegsgebiet lagen, gar nicht durch den Krieg gelitten, hat sogar noch besser verdient als der deutsche Landwirt. Und wenn der deutsche Bauer seine Kriegseinkünfte hauptsächlich benutzt hat, um seine Hypotheken abzutragen, so hatte die französische Landwirtschaft den Vorteil, daß sie von Haus aus nicht so hypothekarisch in dem Maße wie unsere Landwirtschaft belastet war, also noch mehr darauf angewiesen war, von jeder guten anderen Anlagemöglichkeit Gebrauch zu machen. So floß das Geld reichlich an die Anleihehalter, und die nächstliegende Folge des guten Ausgangs der Friedensanleihe wird sein, daß der französische Finanzminister das Experiment recht bald wiederholen wird.

Neues aus aller Welt.

Aus unabhängigen amerikanischen Finanzkreisen erzählt man, daß der Abschluß des Lebensmittellkredits, den die Vereinigten Staaten Deutschland gewähren wollen, für Ende April mit ziemlicher Gewissheit erwartet werden kann.

Die New York Times meldet aus Washington: Kriegssekretär Daniels teilte im Senatsauschuß für Marineangelegenheiten mit, daß Japan die Karolinen-, Marianen- und Marshallinseln besetzte und ein großes Flottenprogramm vorbereite.

Wie das „Allgemeine Handelsblatt“ aus London meldet, geht aus den Erklärungen des Transportministers hervor, daß die Mindereinnahmen der englischen Eisenbahnen während der zehn Monate bis zum 31. Januar sich auf ungefähr 35 Millionen Pfund Sterling belaufen.

Bis Anfang April hat Deutschland in Belgien 600 Wäschkäse abgeliefert. Ein weiterer Transport von 900 Käsen wird in der zweiten Aprilwoche erwartet.

Die russische Regierung hat sämtliche Kohlenvorräte als Staatsvermögen erklärt. Kohlendiebstahl werden mit Todesstrafe bestraft. Die Kohlenbergwerke wurden militärisiert.

Wie aus Jerusalem gemeldet wird, kam es zu Zusammenstößen zwischen Juden und Muslimen am 4. April. 188 Personen kamen zu Schaden, die Mehrzahl davon wurde leicht verwundet. Die Militär- und Zivilbehörden haben die Lage fest in der Hand.

Vermischte Nachrichten.

* Auswandererberatung. Das Deutsche Auslands-Institut hat die kostenlose Auskunftsverteilung an alle Auswanderungslustigen übernommen. Seine Auswandererberatungsgstelle gibt unentgeltlich Auskunft in allen Auswanderungsfragen, über alle Auswanderungslander der Erde, über deren amtliche Vertretungen im Reich, Einreise- und Passbestimmungen, Schiffsfahrtswege und Votatuerhältnisse, sowie über die Auskünfte für jeden einzelnen Verur im Auslande. Vermittelt ihrer zahlreichen Vertrauensmänner im In- und Auslande vermag sie über Vorteile und Nachteile des Anschlusses an Auswanderer-Vereinigungen und Siedlungs-Gesellschaften zu raten. Ausgezeichnete Lichtbilder, Karten und eine Ausstellung der verschiedenen Landesprodukte stehen zur Verfügung zur Verfügung. Alles was der Auswanderer vor der Ausreise wissen muß, kann er beim Deutschen Auslands-Institut erfahren. Vor Annahme fester Stellen und Abschluß von Verträgen empfiehlt es sich für männliche wie für weibliche Auswanderer dringend, die Auskunftsstelle in Stuttgart zu Rate zu ziehen.

* Gefährlicher Huflederersatz. Eine eigenartige Ursache für Stirnausschlag stellt Dr. Thebering in der Münchener Medizinischen Wochenschrift fest. Es kamen verschiedene Patienten zu ihm, die einen starken freisenförmigen Ausschlag auf der Stirn hatten. Wenn er den Kranken den Hut aufsetzen ließ, so war leicht festzustellen, daß der Ausschlag mit dem Hutrand abschnitt. Eine genauere Untersuchung ergab, daß die von dem Ausschlag befallenen Hüte trugen, in denen das Hufleder durch einen wachstuchartigen Stoff ersetzt war. „Die Kranken“, berichtet Dr. Thebering, „tragen die Signatur des Hufwedels buchstäblich an der Stirn geschrieben und sind sehr erstaunt, wenn man ihnen diese Diagnose bereits beim Eintritt ins Sprechzimmer entgegenhält.“ Durch diese Beobachtungen scheint einwandfrei erwiesen zu sein, daß Wachstuch als Ersatz des Hufleders ungeeignet und gefährlich ist.

* Falsche Zwanzigmarkscheine sind in Darmstadt zur Ausgabe gelangt, die das Datum vom 21. Februar 1918 (statt 20. Februar) tragen, unscharf gedruckt und auf dunkler getöntem Papier hergestellt sind.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

1. Koblenz, 8. April. Liebeswert an den Koblenzern. Der Vorsitzende der omeitanischen Abteilung der Rheinlandkommission Rots hat dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß die amerikanische Abteilung eine umfassende Spelung sämtlicher unterernährter Kinder von Koblenz in die Wege leiten werde. Zur Durchführung dieses hochherzigen dankenswerten Planes bedarf es einer umfassenden Organisation. Die erforderlichen Schritte sind sofort in die Wege geteilt, so daß anzunehmen ist, daß mit der Spelung selbst nach Wiederbeginn des Schulunterrichts begonnen werden kann.

2. Andernach, 8. April. Einen abenteuerlichen Fluchtversuch unternahm nachts 7 der in der früheren Schülerherberge untergebrachten Dirnen. Sie banden sieben Beidenen aneinander und wollten damit aus dem etwa 30 Meter hoch liegenden Gefängnis in den Schlossgarten gelangen. Die Deden wurden von mehreren Wachen gehalten, eine verurteilte den Fluchtversuch. Die Flüchtlinge wurden aber überrascht, als die erste noch etwa 10 Meter über dem Boden war. In ihrer Angst ließen sie die Seilleiter fallen, so daß der Flüchtling aus einer Höhe von 10 Metern zu Boden stürzte. Schwer verletzt wurde das Mädchen ins Krankenhaus gebracht.

3. Marburg, 7. April. Das meist aus Marburger Studenten bestehende freiwillige Bataillon ist jetzt in eine Kasse verpackt, die in Thüringen großes Aufsehen erregt und auch schon im Parlament durch den Demokraten Haas zur Sprache gekommen ist. Es sind 13 Kasser Einwohner, darunter auch Angehörige bürgerlicher Parteien, die verhaftet worden waren und nach Gotha gebracht werden sollten, bei Bad Salz durch Zeitfreiwillige, die zum Marburger Bataillon gehören sollen, erschossen worden. Amlich wird dazu jetzt mitgeteilt: Die bisherigen Ermittlungen, über die Vorgänge bei Bad Salz in Thüringen haben ergeben, daß die Gefangenommenen bei mehreren, trotz dringender Bervarnungen unternommenen Fluchtversuchen erschossen sind. Das Ergebnis der sofort angeordneten und noch im Gange befindlichen gerichtlichen Untersuchung muß abgewartet werden, um zu einem endgültigen Urteil zu kommen.

4. Frankfurt a. M., 8. April. Der Postiskus hat Unterhandlungen zum Erwerb des ehemaligen Sanderbergkammes an der Sanderbergstraße eingeleitet, um auf diesem Grund stück und den hier bereits vorhandenen Gebäuden ein neues Postsekretariat zu errichten. Während die Grundstückspreise 2.678.000 Mark, betragen, sind für Um- und Neubauten auf dem Gelände nicht weniger als sechs Millionen Mark vorgesehen.

5. Die Versorgungsstelle Oberlahnstein ist wieder wie früher geöffnet, nachdem der Streik der Angestellten beendet ist.

Aus Diez und Umgegend.

6. Personalie. Strafanstalt-Vorsteher Vader von Ditzdorf ist an die hiesige Strafanstalt versetzt worden, und hat bereits die Geschäfte übernommen.

7. Personalie. Der Oberpostassistent Albert vom Postamt Neuf ist vom 1. April ab hierher versetzt.

Aus Rastau und Umgegend.

8. Gedendblatt. Die Ansprache, die Pfarrer Die. Prebenius bei der Einsegnung der Konfirmanden am Palmsonntag hielt, ist auf vielseitigen Wunsch gedruckt worden und wird zum Selbstkostenpreis von 50 Pfg. in der Buchhandlung Th. Bruun abgegeben. Unsere Konfirmanden und Konfirmandinnen werden gewiß gern zu dem Blatt greifen und es sich als Erinnerung aufheben. Aber auch manches Gemeindeglied wird die Worte gern noch einmal lesen, besonders die Paten und Anderwanden der eingeweihten Kinder.

Aus Ems und Umgegend.

9. Die Wanderabteilung des Gabelsberger Stenographen-Vereins macht morgen, Sonntag, ein: Wanderung nach Forsthaus, Frucht, und Schweizertal. (S. Anzeige.)

Betr: Ausgabe von Corned-beef.

Da in dieser Woche frisches Fleisch zur Ausgabe gelangt, wird das Corned-beef nicht auf Fleischkarten, sondern auf Abschnitt 13 der Lebensmittellisten ausgegeben.

Fleischlieferungsverträge haben jedoch keinen Anspruch auf Corned-beef.

Bad Ems, den 8. April 1920.

Gesamtschulamt.

Die Grasung auf den Exzerier- und Schleifplätzen der Garnison Diez und Dranienstein soll im Wege öffentlicher Ausschreibung am Montag, den 12. ds. Mts., morgens 10 Uhr im Geschäftszimmer der Garnisonverwaltung, Infanterie-Kaserne Zimmer 56, neu verpachtet werden. Bedingungen liegen im genannten Geschäftszimmer aus und können daselbst eingesehen werden. Bewerber wollen ihre Angebote mit der Aufschrift „Angebot für die Verpachtung der Grasung der Garnison Diez und Dranienstein“ zu dem festgesetzten Termin porto- und gebührenfrei rechtzeitig einreichen.

Diez, den 6. April 1920.

Garnisonverwaltung.

Holz - Verkauf.

In der Gemeinde Dausenau kommen im Submissionswege 11,18 Hektar Eichenstammholz folgender Art zum Verkauf:

- 2 Stämme 1. Kl. 4,97 Hektar,
- 1 Stamm 2. Kl. 1,70 Hektar,
- 1 Stamm 3. Kl. 1,56 Hektar,
- 1 Stamm 4. Kl. 1,28 Hektar,
- 3 Stämme 5. Kl. 1,67 Hektar.

Angebote sind verschlossen bis zum 15. April, mittags 1 Uhr auf dem Bürgermeisterrat mit der Aufschrift Eichenstammholz einzureichen, wofür die Eröffnung am 2. Uhr erfolgt. Bedingungen können auf dem Bürgermeisterrat eingesehen werden.

Fischer, Bürgermeister.

Holzversteigerung

Samstag, den 10. April, nachmittags 3 Uhr kommen im hiesigen Gemeindevorstand

District Torgau: 35 Eichenstämme von 13,28 Hektar, Durchmesser 17,33 zum öffentlichen Verkauf.

Kaufung zu angegebener Zeit. Zusammenkunft an der Turnhalle in Holzappel.

Laurenburg, den 7. April 1920.

Der Bürgermeister.

Herpel.

Holzversteigerung.

Am Mittwoch, den 14. April, 1920, mittags 1 Uhr anfangend, kommen im hiesigen Gemeindevorstand folgende Stämme zur Versteigerung.

Im District 6a-b, 8a-b, 9a, 10, 11, 12b:

- 3 Eichenstämme 1. Kl., 8,42 Hektar,
- 1 Eichenstamm 2. Kl., 0,98 Hektar,
- 2 Eichenstämme 3. Kl., 2,80 Hektar,
- 27 Eichenstämme 5. Kl., 9,03 Hektar,
- 2 Hektar Eichen-Rußigkeit (Kieferholz),
- 4 Kirschbaumstämme 3., 4., 5. Kl. = 2,57 Hektar,
- 11 Radelholzstämme 2. Kl., 13,40 Hektar,
- 46 Radelholzstämme 3. Kl., 35,00 Hektar,
- 13 Radelholzstämme 4. Kl., 5,64 Hektar,
- 80 Derschnitten 1. Kl.,
- 46 Derschnitten 2. Kl.,
- 103 Derschnitten 3. Kl.,
- 0,40 Derschnitten 4. Kl.

Zusammenkunft in der Bürgermeisterei.

Schönborn, den 7. April 1920.

Der Gemeindevorstand: Kaiser.

Rugholzverkauf.

Die Fürstliche Oberförsterei Schaumburg bei Balduinstein a. Bahn verkauft am Dienstag, den 27. April von vormittags 10 Uhr ab in der Wirtschaft „Deutsches Haus“ zu Holzappel, Station Laurenburg a. Bahn öffentlich meistbietend aus den Forstereien Schaumburg, Wiershausen und Charlottenberg:

- ca. 30 Eichenstämme 1. Klasse mit ca. 53 Hektar,
- ca. 20 Eichenstämme 2. Klasse mit ca. 27 Hektar,
- ca. 36 Eichenstämme 3. Klasse mit ca. 39 Hektar,
- ca. 67 Eichenstämme 4. Klasse mit ca. 47 Hektar,
- ca. 215 Eichenstämme 5. Klasse mit ca. 63 Hektar,
- 1 Eichenstamm 5. Klasse mit 0,74 Hektar,
- 4 Hainbuchenstämme 3.-5. Klasse mit 2,82 Hektar,
- 2 Birkenstämme 4.-5. Klasse mit 1,44 Hektar,
- 4 Lindenstämme 1.-3. Klasse mit 10,07 Hektar,
- 2 Erlenstämme 4.-5. Klasse mit 0,75 Hektar,
- 8 Kiefernstämme 1.-4. Klasse mit 7,63 Hektar.

Als Bieter werden nur Holzverarbeitende und bearbeitende Betriebe und Gewerbe sowie Selbstverbraucher zugelassen und haben sich Bieter auf Verlangen in obigem Sinne durch eine behördliche Bescheinigung auszuweisen.

Handwerker der Umgegend und solche Personen, welche kleinere Mengen Holz bereits bestellt haben, wollen sich schon um 9 Uhr im Versteigerungsort einfinden.

Stammeszüge gegen Erstattung der Schreibgebühren.

Schaumburg, den 3. April 1920.

Fürstliche Oberförsterei.

Holzverkauf.

Aus den Gräflichen Forsten sollen im Wege des schriftlichen Angebots verkauft werden:

- 345 Eichen - 150,34 Hektar, 101 Buchen - 100 Hektar, 15 Erlen - 6,33 Hektar, 32 Nichten und 1 Kiefer - 8,28 Hektar, 123 Lärchen - 70,96 Hektar.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift „Rugholz“ sind bis 12. April, nachmittags 2 Uhr bei der Gräflichen Rentei Rastau einzureichen. Auf Verlangen wird das Holz von dem Meiblerförster Steinhäuser in Bergaßau bezu. Waldwärter Klapp in Frucht vorgezeigt.

Rastau, den 6. April 1920.

Gräflich von der Groeben'schen Rentei.

Ankauf von Ziegenböden.

Die Gemeinde Dausenau beabsichtigt 2 junge prungfähige Ziegenböden anzuschaffen. Angebote sind mit Preisangabe, Alter, Farbe, Klasse an das Bürgermeisteramt zu richten. Grundbedingung: hornlos.

Fischer, Bürgermeister.

Meiner werten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich meine Tätigkeit in sämtlichen Waffenreparaturen wieder aufgenommen habe.

Göllner, Büchsenmacher,
DIEZ, Schulstraße.

Frisch eingetroffen:

A. Heber's Futterkalk und Futterwürze garantiert für Groß- und Kleinvieh ein gesundes starkes Knochengewebe, verhütet und beseitigt Knochenkrankheiten, steigert die Fruchtbarkeit, erzielt eine gute, durchgreifende Verdauung des Futters und gibt dadurch eine vorzügliche Mast. Besonders wertvoll für alles im Wachsen begriffene Jungvieh, Ferkel, Kälber, Ziegen, Fohlen, denen A. Heber's Futterkalk infolge seiner zum Knochenbau unbedingt wichtigen Bestandteile ein gesundes Wachsen verbürgt.

A. Heber's Hühnerkalk verbürgt den Hühnern einen ausgezeichneten Schalenanfang und dadurch vermehrtes Leben derselben.

Generalvertreter für den Unterlahnkreis
Jakob Bosen Diez a. R.

Für Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Wanderabteilung
des Gabelsberger Stenographenvereins Ems,
Sonntag, den 11. ds. Mts.

Ausflug

nach Forsthaus, Frucht, Schweizertal.
Treffpunkt 2 Uhr an der Kaiserbrücke.

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet verschied am 5. April infolge eines Schlaganfalls der

Bürgermeister a. D. Künzler.

Ueber 18 Jahre hat der Verstorbene an der Spitze der Gemeinde gestanden und in der langen Zeit seine ganze Kraft mit Herz und Mund der Gemeinde gewidmet und durch sein lebenswürdiges Entgegenkommen die Herzen und das Vertrauen der Gemeinde gewonnen. Eine Ueberanstrengung während des Krieges mag wohl der Grund seines hartnäckigen Leidens gewesen sein, wodurch er aus Gesundheitsrücksichten freiwillig im November v. Jhrs. sein Amt niederlegte. Als gütiger Freund und Berater der Gemeinde wird er uns in steter Erinnerung bleiben.

Freiendiez, den 7. April 1920.

Der Gemeindevorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Verstorbenen und für die vielen Kranz- und Blumenspenden sagen wir unsern herzlichsten Dank. Besonders sei Herrn Pfarrer Auler und dem Gesangsverein »Germania«, sowie allen Vereinen, Körperschaften und Freunden die dem Unvergesslichen das letzte Geleit ehrend verschönerten, hiermit unser innigster Dank ausgedrückt.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Wilhelmine Künzler, geb. Fachinger.

Freiendiez, den 8. April 1920.

Sportverein 09 Bad Ems

Sonntag, den 11. April 1920:

Pflichtgeländelauf

des Westdeutschen Spielverbandes, Bezirk Lahn

Ueber 4,5 Km:

Start: 3 Uhr nachmittags am Kursaal.

Strecke: Anlagen, Viktoria-Allee, Remybrücke, Bahnhof Lindenbach, Café Lindenbach, Malbergpromenade, Bahnhof Bad Ems, Wintersbergstraße.

Ziel: Sportplatz Hohenzollernanlagen.

Anschließend Fußballwettspiel

der I. Mannschaft des S. V. Elz 09

und der I. Mannschaft des S. V. Bad Ems 09.

Abends 7 Uhr

Tanzkränzchen im Flöck'schen Saale.

Getränke nach Belieben.

Eintritt 1 Mark für Nichtmitglieder.

Danksagung.

Für die vielen Beweise wohlwollender Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste unseres lieben Entschlafenen, für die trostreichen Worte des Herrn Dejan Lehr am Grabe, den Trägern seinen früheren Berufskollegen und allen andern, welche ihm das letzte Geleit gaben, sowie für die vielen Blumenspenden sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Wilhelmine Ehrhardt Ww.
Familie Pahl.

Dausenau, den 8. April 1920.

Todes-Anzeige.

Gott dem Herrn hat es gefallen, heute morgen 8^{1/2} Uhr unsere liebe, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Elise Wirges Wwe.

geb. Neidhöfer.

im Alter von 75 Jahren zu sich zu nehmen.

In tiefem Schmerz:

Johanna Wirges.

Familie Fritz Wirges.

Bad Ems, Remscheid, 9. April 1920.

Die Beerdigung findet Samstag nachm. 4 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Die Schreinerwerkstätte

meines verstorbenen Mannes ist sofort, eil mit sämtl. Werkzeug und H. Wohnung zu vermieten.

Karl Wagner Ww., Ems, Silberaustr. 27.

Regenschirm verloren.

Von der Remybrücke bis zur ober. Grabenstraße. [802]
Abzugeben gegen Belohnung
Wintersbergstr. 1 Ems.

Freiseur-Lehrling

sucht
v. d. G. Frankfurt a. M.
Schweizerstr. 29.

Mädchen

Ordentliches [801]
Gefucht
G. Dell. Ems, Haus Römerberg.

Ein junges, schulentlass.

Mädchen

tagsüber gesucht.
Wo, sagt die Geschäftst.

Jüngeres ordentliches

Mädchen

für H. Haushalt, sofort gesucht
Frau Kreisarzt Neumann,
Bad Ems, Braubacherstr. 68

Zur Führung eines

Laden-Geschäfts

familienfähiger Verkäufer oder

Verkaufsfrau f. d. Saison gesucht.

Angebote unt. 8. 506 an die

Geschäftst. d. Stg.

Zu kaufen gesucht:

eine kleine Fahrfuhr,

eine frisch melkende Ziege.

Off. unt. 3. 509 an die Ge-

schäftst. d. Stg.

Kleesamen

wieder Anfang nächste Woche ein-

treffend. [860]

Rich. Stender, Ems.

Laden

mit H. Wohnung zu mieten gesucht

Off. unt. 3. 509 an die Ge-

schäftst. d. Stg. [770]

Geld gegen monatliche

W. Calderarow, Hamburg 8.

Angestellten-Bund.

Samstag, den 10. d. Mts.

abends 7^{1/2} Uhr

Monatsversammlung

im Vereinslokal.

Der Vorstand.

M.-G.-B. „Germania“

Bad Ems.

Heute abend 7^{1/2} Uhr

Gesangsstunde.

Der Vorstand.

Garten-Restaurant

Nassauer Hof

Dausenau.

empfiehlt sich einer gütigen Be-

achtung.

Gut gepflegte Weine, Biere,

Liköre etc.

Café und Conditorei.

Spezialität prima Apfelwein

feinstes Weinromm

Zu verkaufen:

1 Küchenschrank mit Aufsatz,

1 email. Spülstein m. Rück-

wand, 1 Ofen, 1 Waschofen

mit Kessel, 1 eis. Weinschrank,

2 Haustelefonapparate, 2 echte

neue Silberbestecke, 1 Eisen-

bett m. Matr., Noten v. Mo-

zart, Schumann, Beethoven etc.

Zu erst. in der Geschäftst.

Guterhaltenes

Fahrrad

mit Gummibereifung

zu verkaufen.

Wo, sagt die Geschäftst.

Elegantes

Abendkleid

preiswert zu verkaufen. Zu erst.

Promenadenhotel, Ems.

Verkaufe:

4 Läuferfische

(gute Preiser)

Moß, Schloß Schaumburg.

Gebrachter

Spirituswandelkohler

zu kaufen gesucht. [790]

Gordel, Waldstraße 2, Ems.

Notenständer

für Klavier zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unt. 8. 96

an die Geschäftst. d. Stg. [791]

Wir suchen überall verkäufliche

Häuser

mit und ohne Geschäft.

Villen, Fabriken, Adre und

Landstellen, jeweils Unterbreitung

an vorgeratete Käufer. Beschü-

gung kostenfrei.

G. O. Hüffe & Co., Hannover.

Briefmarken-

Sammlung und einzelne laßt zu

Liebhaber preis. [781]

H. Schiller, Adre a. M.

Freiendiez 6.

H. B. Kottme zum Verkäufer.

Die Beleidigung, die ich

gegen Fel. Henry Neidhöfer

ausgesprochen habe, nehme ich

als unwahr zurück.

Robert Diemer.

Kirchliche Nachrichten.

Bad Ems.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 11. April 1920.

Quasimodogeneti.

Waffertide.

Vorm. 10 Uhr:

Herr Pfarrer Emme.

Nachm. 2 Uhr: Herr Pfarrer

Emme.

Amiswoche: Herr Pf. Emme

Dieg.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 11. April

Quasimodogeneti.

Vorm. 8 Uhr: Herr Pf. Schwarz.

Vorm. 10 Uhr: Dr. Def. Wülfelst

Christenlehre f. die weibl. Jugend

Kantowoch: Herr Dejan Wülfelst

Dausenau.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 10. April

Nachm. 2 Uhr: Belate

Sonntag, 10. April

Quasimodogeneti

Vorm. 10 Uhr: Konfirmation und

Feder des bi. Abendmahles,

Nachm. 2 Uhr: Christenlehre.

+ Geschlechtsfranke! +

Rasche Hilfe durch giftfreie Auren.

Harnröhrenleiden, früher auch veralteter Ausfluß, Heilung in
kurzer Zeit ohne Bitterkeit und ohne Einseitigkeiten. Syphilis, ohne
Berufshinderung, ohne Schmerzen, Querschnitte und Harnröhrenentzündungen.
Mannesschwäche, schnelle wirksame Aus ohne Berufshinderung.
Stets jed. d. drei letzten Stufen ausfüllt. Bröckchen erscheinen mit gelb. d. gelb.
Gutachten u. hundertsten freiwilligen Zeugnisse. Zufriedenheit gegen
1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossener Doppelbrief ohne Rücksendung durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer Strasse 123B. Sprechzeit: 9-11, 2-4.
Sonntags 10-11 Uhr.
Genaue Angabe d. Leidens erforderlich, damit richtige Bröckchen gesandt werden kann